



BürgerInneninitiative gegen ein Großbordell
in Marburg-Wehrda

MNZ 27.2. und 21.3.2006

„SPD Marburg-Nord verteidigt Großbordell“

„Erschreckender Zynismus“

SPD Marburg-Nord verteidigt Großbordell

Hinweis auf den Nutzen der Prostitution

Marburg (vi). Ulrich Severin bleibt Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Marburg Nord. In der jüngsten Mitgliederversammlung ist er in seinem Amt bestätigt worden.

Zu stellvertretenden Vorsitzenden wählten die Sozialdemokraten Anette Velte und Wolfgang Mende. KassiererIn bleibt Barbara Danger. Jan Patrick Behrendt wurde zum Schriftführer gewählt, als Beisitzer gehören Jan Bernhardt und Michael Müller dem Vorstand an. Zu Delegierten für den Stadtverbandsparteitag und den Unterbezirksparteitag wurden Erhart Dettmering, Jan Bernhardt und Anette Velte ernannt.

Ein weiteres wichtiges Thema in der Jahreshauptversammlung war die Diskussion um die geplante Errichtung eines Großbordells im Industriegebiet bei Wehrda. Die Mitglieder des SPD-Ortsverbands Nord sind die ersten Vertreter aus der Politik, die öffentlich erklärt haben, dass es Gründe gibt, die für das Bordell sprechen. Sie verweisen darauf, dass die Prostitution durchaus eine gesellschaftliche Funktion erfüllt:

Für Menschen, denen aufgrund körperlicher oder geistiger Benachteiligungen eine Beziehung verwehrt bleibe, biete die Prostitution die einzige Möglichkeit, körperliche Nähe erfahren, hieß es in der Mitgliederversammlung des Sozialdemokraten.

Mit dem abgelaufenen Jahr zeigten sich die Mitglieder der SPD-Nord zufrieden. Die Hartz-IV-Reform und der Widerstand

gegen die Privatisierung der Universitätskliniken in Marburg und Gießen seien im Jahr 2005 Schwerpunkte der Arbeit gewesen. Darüber hinaus rechnet es sich der Ortsverein Nord als Erfolg an, dass im Waldtal das Gässchen von der St. Martin-Straße zum Waidmannsweg mit einer neuen Straßenbeleuchtung ausgestattet worden ist. Besonders ältere Menschen und Kinder würden sich dort jetzt in den Abendstunden sicherer fühlen.

■ Zufrieden mit dem Jahr 2005

Zufrieden zeigten sich die Mitglieder auch darüber, dass der neu gebaute Ortenbergsteg ab dem Frühjahr benutzbar sein wird. Die Geländer sind bereits montiert und der Übergang ist schon teils zugänglich.

Drei Anträge verabschiedeten die Sozialdemokraten aus der Nordstadt. Einer davon fordert, dass der Marburger Literaturpreis nicht abgeschafft werden soll. Mit ihrem zweiten Antrag setzen sich die Mitglieder dafür ein, dass der Spielplatz in der Nähe der Spiegelslust-Gaststätte auf den Lahnbergen erhalten bleibt. Der dritte Antrag schließlich ruft zur Unterstützung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft Verdi im Kampf gegen die Verlängerung der Arbeitszeiten auf. Zurückgestellt wurde ein Antrag, der sich gegen die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer richtet. Er soll vom Vorstand überarbeitet werden.

MNZ 27.02.06

Erschreckender Zynismus

Der SPD-Ortsverein Marburg Nord hat sich in seiner jüngsten Jahreshauptversammlung unter anderem mit der öffentlichen Diskussion um den geplanten Bau eines Großbordells im Industriegebiet in Marburg-Wehrda befasst. Die Sozialdemokraten merkten an, dass Prostitution nicht grundsätzlich verdammt werden solle, weil es Menschen gebe, die aufgrund von persönlichen Benachteiligungen nur bei Prostituierten körperliche Nähe erfahren könnten.

Seit Monaten sind viele Marburger beunruhigt, dass zusätzlich zu den bereits vorhandenen Bordellen ein Großbordell in Marburg-Wehrda entstehen soll. Auf die Probleme, die damit verbunden sind, hat die Bürgerinitiative aufmerksam gemacht. Wer sich informieren wollte, konnte unter anderem die Ausstellung von Terres des Femmes „Ohne Glanz und Glamour - Frauenhandel mitten unter uns“ in der Elisabethkirche besuchen. Seit Dezember läuft vor dem Amtsgericht außerdem der Menschenhändlerprozess, und man liest von Vorwürfen, dass Frauen aus Osteuropa und Thailand als Zwangsprostituierte in dem Bordell des Angeklagten arbeiten mussten. Dessen Verbindungen zu den Betreiber des zukünftigen Großbordells sind nachgewiesen. Vor diesem Hintergrund verteidigen nun die Mitglieder der SPD Marburg-Nord die Genehmigung des Großbordells damit, dass die Prostitution eine gesellschaftliche Funktion erfülle: „Für Menschen, denen aufgrund körperlicher oder geistiger Benachteiligung eine Beziehung verwehrt bleibe, biete die Prostitution die einzige Möglichkeit, körperliche Nähe zu erfahren.“ Über den blanken Zynismus, mit dem hier körperlich oder geistig benachteiligte Menschen von der SPD Marburg-Nord instrumentalisiert werden, um eine fragwürdige Entscheidung des rot-grünen Magistrats zu verteidigen, kann man nur noch erschrecken.

Mit dieser Instrumentalisierung lenkt die SPD Marburg-Nord von den Problemen, die heute mit Prostitution verbunden sind ab: Frauenhandel, Zwangsprostitution, Verletzung von Menschenrechten und organisierte Kriminalität.

MNZ 21.03.06